

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Umlieferungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3460.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jägerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Zeilen mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verlagsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 43.

Dresden, Sonnabend den 22. Februar 1913.

24. Jahrg.

Der Streik der Sinnenarbeiter nimmt einen günstigen Verlauf, da zahlreiche Bewilligungen erfolgt sind.

In Krefeld treten heute 2500 Farbwerkearbeiter in den Streik.

Das Dorf Warnhofen bei München ist vollständig niedergebrannt.

Eine Kollektivnote der Mächte zur Schlichtung des bulgarisch-serbischen Konflikts wird in den nächsten Tagen erwartet.

Bei einer Kussfahrt türkischer Kriegsschiffe aus den Dardanellen kam es zu einer Kollision mit der griechischen Flotte.

Jubiläumsfeiern.

Es hebt die Zeit der lärmenden Festlichkeiten an, mit denen unsere herrschenden und gutgesinnten Kreise des großen Jahres 1913 gedenken wollen. Kaufmännische Feste mit Prunk und Hysterie gehören zum Wesen der gegenwärtigen großkapitalistisch-imperialistischen Periode Wilhelm II. — wie sollte man da nicht das Jahr 1913 benutzen, um sich in ganz außerordentliche Festesumfänge zu stürzen? In allen Tonarten, in lautelem Schmuckvollen Festreden, in geschmacklos raffinierten Feiern wird man von den Großtaten der Vergangenheit jubelnd berichten. Vielleicht will man sich der Einbildung hingeben, daß etwas vom Glanz jener Zeit auf die heutige kleine Welt strahlen könnte. Gewiß aber glaubt man, eine blinde Menge zu dem Glauben zu betören, die heutige Feiern seien die würdigen Nachfahren der Tugenden und des Volkes, die in einer schicksalvollen Zeit Deutschland von der Fremdherrschaft befreiten.

Im gegenwärtigen Deutschland kann es aber auch nicht ausbleiben, daß der geschäftlich feiernde Patriotismus die besondere Note hat, zugleich eine Dage gegen die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie zu betreiben. Was wäre bei uns eine „vaterländische Feier“ ohne das mahnende Geschrei gegen die „vaterlandslose Sozialdemokratie“! So ist man auch jetzt wieder auf dem besten Wege, das Jubiläum von 1913 als günstige Gelegenheit zur Bekämpfung des Hasses gegen diejenigen zu mißbrauchen, die in unserer Zeit den Freiheitskrieg führten!

Im Berliner Stadtverordnetenkollegium entwickelte sich am letzten Donnerstagabend eine erregte Szene, die der ganzen hochpatriotischen Reaktionspresse Anlaß gibt, wieder einmal über die Sozialdemokratie herzufallen. Der Magistrat von Berlin hatte beschlossen, die Erinnerung an das historische Ereignis des Aufstufes „An mein Volk“ durch einen öffentlichen Kirchgang und anschließenden Gottesdienst in der Kirche St. Nikolai feiern zu lassen; am 10. März, dem Geburtsstunde der Königin Luise, soll diese Vorfeier der Gedächtnisfeier an die Erhebung Preußens“ stattfinden. Zu diesem Festakt sollte die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung erteilen. Da sich die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion selbstverständlich an einer derartig bühnenmäßig eingeleiteten Feier nicht beteiligen kann, so lag es für sie nahe, ihre Meinung in einer Erklärung zu bekunden. Dieser Parteigenosse, der Stadtverordnete Bruns, verlas folgende Erklärung, bei der die Mitglieder der freisinnigen Gruppen in einen tosenden Entzückungssturm verfielen:

„Meine Freunde! Ich lehne die Magistratsvorlage ab, weil die überhöhte Weidheit des preussischen Volkes und der Berliner Bürger eine Veranlassung hat, jener Zeit feierlich zu gedenken. (Grober Applaus der Mehrheit; Klatschen des Vorsitzenden; Vorleser Michael: Ja, glaube, daß ich diese Bemerkung nicht ungerührt durchlassen kann. Wie! Wohl! Die Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft hat leider dem Volke nicht das gebracht, was die ersten Vorkämpfer der Erhebung erhofft hatten und was sie erwarten durften. Der König von Preußen hat das in der Not gegebene feierliche Versprechen einer freiheitlichen Verfassung für die preussischen Provinzen nicht eingelöst. Es bedurfte vielmehr noch jahrelanger schwerer Kämpfe und zahlreicher unglücklicher Opfer, bevor es gelang, das Volk von den drückendsten Schänden der in Vorurteilen befangenen absoluten Monarchie zu befreien. Noch heute steht ein großer Teil des preussischen Volkes, vor allem die Arbeiterklasse, in einem erbitterten Kampf um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die für demokratischen Unterwerfung. Wir lehnen die Vorlage aber auch ab, weil die vorgeschlagene Art der Feier uns nicht angedacht erscheint. Weiland und andauerndes Hüten; große Erregung.“

Da verpfänden heldenhafte Freisinnigen ein gewaltiges patriotisches Mähren; die treuen deutschen Männer Kessel und Kammern erhoben sich, um gegen die sozialdemokratische Erklärung feierlich zu protestieren und von der großen Zeit von 1813 in lauten Worten zu singen und zu sagen. Große Entzückung im Berliner Stadtverordnetenkollegium und am Tage danach in den Spalten der Blätter, von der Kreuzzeitung bis zu den „Völkischen Blättern“. Den rechtsstehenden Blättern tut es nur leid, daß schon die Kessel und Kammern die Vaterlandshörigkeit der roten Hölle so kräftig gebrauchten haben, daß ihnen selbst kaum noch etwas zu sagen übrig bleibt.

Die Sozialdemokratie hat solche Entzückungsstürme schon oft erlebt. Sie werden nicht mehr wiederkehren. Es hat sich noch immer

gezeigt, daß sie der moralische Sieger geblieben ist über alle jene, die eine Feilsang glaubten, sie unter Verdrehung ihrer Worte und unter Fälschung ihrer Anschauungen in den Sündenpfuhl zu verdammen. Die Richtigkeit und Reinheit unseres Tuns wird auch dadurch nicht gemindert, daß diesmal Freisinnsmänner es sind, die als erste mit patriotischem Scham auf den Lippen paradierten.

Die Erklärung der Berliner Stadtverordnetenfraktion ist klar und deutlich genug für jedermann, der nicht aus Vorurteil oder Abficht mißverstehen und die Wahrheit verflüchten will. Die Zeit von 1813 ist reich an Geschehnissen, die gerade von uns heutigen Sozialdemokraten hoch gewertet werden. Sie ist reich an Männern, deren Tugenden und Wirken uns rühmend wert und vorbildlich gilt. Es ging ein gewaltiger Geisteshauch durch jene Tage; die tüchtigsten Männer und die Kraft des Volkes selbst legten sich durch, um das von seiner herrschenden Klasse zugrunde gerichtete und verrätene Vaterland wieder aufzurichten und um die Freiheit zu erobern, die Freiheit nicht allein vom fremden Eroberer, sondern auch vom heimtätigen Absolutismus und jüngerlichen Feudalismus. Eine Gedenkfeier für die Stein und Scharnhorst, für Fichte und Humboldt, für die Vorkämpfer der Entfesselung der geistigen und sittlichen Volksträfte — eine solche Feier könnte in unseren Tagen einzig und allein mit Sinn und Recht durch die Sozialdemokratie begangen werden.

Die Feiern unserer herrschenden Kreise sind Lärm und falscher Hauch. Die Erklärung unserer Berliner Parteigenossen im Stadtverordnetenkollegium legt mit volstem Recht den Ton darauf, daß das Jahr 1813 dem preussischen und deutschen Volk nicht das gebracht hat, was die Vorkämpfer der Befreiung gewollt haben und was von den Mächtigen versprochen worden war. Wohl ließ jener Ruf „An mein Volk“ vom 17. März 1813, den der König erst nach langem Widerstand erlassen, die Herzen Tausender höher schlagen, als sie ihr Leben in die Schanze geschlagen hatten und die Fremdherrschaft befreit war, da waren sie wieder nicht mehr „mein Volk“, sondern des absoluten Königtums „Untertanen“ und der Junker Rache, da wurden die besten Söhne des Volkes — es waren die Vorkämpfer heutiger antizipierter Liberaler! — verfolgt und in die Gefängnisse geschleppt.

Die sozialdemokratische Arbeiterklasse kann aber am allerwenigsten mit denen sich in gehobene Feststimmung vereinigen, die alle Gewalt anboten, um das Unrecht, das seit 1813 noch bis in unsere Gegenwart fortwuchert, zu erhalten. Scham und hoch bleiben die Jubiläumsfeier jener, die von dem „Befreiungskriege“ vor hundert Jahren schwärmten, aber die Erhebung des Volkes in unseren Tagen selbst verhindern und die Freiheit meißeln.

Mögen die Herrschenden und Beherrschenden sich wieder einmal in Entrüstung gegen die „vaterlandslose Sozialdemokratie“ überschlagen, die Rasse des deutschen Volkes wehlig genau, was es mit jener Vaterlandsliebe für eine Bewandnis hat, die sich in lärmenden Festen und Kuriositäten äußert.

Die Vergeudung der Volkskraft.

so. Die neuesten Ergebnisse der Statistik der Säuglingssterblichkeit in den deutschen Bundesstaaten bilden einen wertvollen ziffernmäßigen Beitrag dafür, daß der Rückgang der Geburtenziffer in Deutschland vollkommen ausgeglichen werden konnte, wenn es gelang, die Säuglingssterblichkeit auch nur einigermaßen einzubämmen. Gegenwärtig stirbt noch ungefähr ein Fünftel aller Lebendgeborenen, ohne ein Alter von wenigstens 1 Jahr zu erreichen. Im Jahre 1911 starben in Deutschland 352 522 Säuglinge, von diesen waren 308 765 ehelicher Geburt. Die Statistik der einzelnen Bundesstaaten und Städte zeigt, daß die Säuglingssterblichkeit in den Arbeiterbezirken der Großstädte und in den Industriestädten am größten ist, während die von der wohlhabenderen Bevölkerung bewohnten westlichen Provinz Berlin u. a. viel niedrigere Prozentsätze aufweisen. Damit ist zugleich die Erklärung für die Ursachen der noch immer überaus hohen Säuglingssterblichkeit gegeben. Es ist eben nicht zu leugnen, daß die Wohn- und Ernährungsverhältnisse der breiten Volksschichten völlig unzureichend sind und daß diese Tatsache im Zusammenhang mit der aufstrebenden Arbeiterschaft der Frauen und Mädchen fast ausschließlich als Ursache der hohen Kindersterblichkeit anzusehen ist. Von dem im Jahre 1911 verstorbenen Säuglingen waren 196 813 Knaben und 155 709 Mädchen. Trotz aller Fortschritte der Medizin und vor allem der Hygiene zeigt die Säuglingssterblichkeit im großen und ganzen keinen Rückgang, weil eben die Lebenshaltung der Arbeitermassen den von der Wissenschaft hinsichtlich der Ernährung, Wohnung und Pflege gestellten Anforderungen nicht entspricht. Unter 1 Jahr alt starben von 100 Lebendgeborenen:

	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Neberhaupt	18,5	17,8	17,8	17,0	16,2	15,9
Bei den ehelich Geborenen	17,5	16,8	16,8	16,0	15,2	14,9
Bei den unehelich Geborenen	29,4	28,0	28,5	26,8	26,7	25,9

Die auffallend hohe Sterblichkeit bei den unehelich Geborenen zeigt, daß trotz aller offiziellen Ablehnung die jegliche Kontrolle des Hehlens und der Hebammen nicht hinreicht, um die herrschenden Mißstände auf diesem Gebiete zu beseitigen. Daß

bei unzureichender Fürsorge die Sterblichkeit unter den Säuglingen auf ein Minimum reduziert werden kann, zeigt die Tatsache, daß selbst in den besten Sommermonaten des Jahres 1911 die Prozentziffer in Wilmersdorf und anderen „besseren“ Vororten Berlin weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurückblieb. Wie enorm die Verluste sind, die Deutschland durch die hohe Säuglingssterblichkeit erleidet, kann man ersehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den Jahren 1901 bis 1911 insgesamt 4 092 448 Kinder, davon 3 532 522 ehelich Geborene, im ersten Lebensjahre verstorben sind. Erfahrungsgemäß ist die Sterblichkeit bei den Knaben im frühesten Kindesalter größer als bei den Mädchen. Man kann also ohne Uebertreibung behaupten, daß dem deutschen Volke in jedem Jahrzehnt mehr als 2 Millionen lebendgeborener Knaben bereits im Säuglingsalter wieder verloren gehen. Diese Ziffern zeigen, wo man zuerst einlegen muß, wenn man die Volkstrafe vor dem Verschlagen und einem Rückgang der Volksvermehrung erfolgreich entgegenwirken will. Was nützt alles Lamento über den Geburtenrückgang, wenn das deutsche Volk nicht zuerst, wie ein Fünftel aller lebendgeborenen Kinder alljährlich — größtenteils infolge unserer traurigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse — im Säuglingsalter zugrunde gehen muß. Von dem einzelnen Bundesstaat darf das Herzogtum Sachsen-Altenburg hinsichtlich des Grades der Säuglingssterblichkeit den ersten Platz einnehmen. Hier steht noch genau ein Viertel aller lebendgeborenen Kinder im Säuglingsalter, und zwar beträgt die Sterblichkeit bei den ehelich Geborenen 24,2 Proz. und bei den unehelich 30,5 Proz. Ferner haben von je 100 Lebendgeborenen im 1. Jahre durchschnittlich in Preußen 18,2, im Königreich Sachsen 22,3, im Bayern 22,3, Württemberg 19,1, Baden 17,5, Hessen 12,9, Braunschweig 18,9, Hamburg 15,6, Bremen 14,1 und Meckl. 17,0 Proz. Von den preussischen Bundesstaaten weisen die Provinz Sachsen mit 23,3 die höchste und der Stadtkreis Berlin (zu dem allerdings die Arbeiterbezirke Moabit, Hummelburg usw. nicht gehören) mit 17,3 die niedrigste Prozentziffer auf. Es haben ferner im ersten Lebensjahre von 100 Säuglingen in Ostpreußen 19,2, Westpreußen 20,3, Brandenburg 20,2, Pommern 20,5, Polen 19,1, Schlesien 22,2, Provinz Sachsen 23,3, Schleswig-Holstein 15,9, Hannover 14,2, Westfalen 15,3, Hessen-Kassel 11,7 und im Rheinland 20,6 Proz.

Deutsches Reich.

Das Reichseisenbahnamt.

Bei der Herrschaft der Verkehrseinrichtungen in Deutschland hat das Reichseisenbahnamt eine sehr präzise Existenz. Es könnte aber immerhin den Kreis seiner Aufgaben einigermaßen erweitern, wenn es über die konkurrierenden Verwaltungen der einzelnen Staatsbahnen eine Art von Aufsichtsinstitut bildete und die schädlichen Eiferstöße, die den dauernden Kampf, der sich unter ihnen abspielt, durch die Wahrung des großen allgemeinen Verkehrsinteresses auszugleichen vermöchte. Auch bei der sehr geringen Ausdehnung seiner Kompetenzen könnte das Reichseisenbahnamt so eine überaus nützliche Tätigkeit entfalten. Jedenfalls gibt es eine große Zahl wichtiger Fragen, denen es nach den Bestimmungen der Verfassung seine dauernde und tätige Aufmerksamkeit zuwenden soll.

Das ist bedauerlicherweise nicht der Fall, wenigstens lange nicht in dem Maße, das wünschenswert wäre. Vielleicht liegt das weniger an dem guten Willen der Männer, denen die Führung des Amtes übertragen ist, als an ihrer Laizität gegenüber der passiven und vielfach aktiven Reaktionskraft, die vornehmlich von der preussischen Eisenbahnverwaltung gebildet wird. Das steht jedenfalls fest, daß das Reichseisenbahnamt nicht sehr viel von seinem Leben und Wirken merken läßt. Auch die diesjährigen Verhandlungen im Reichstag haben den Beweis dafür erbracht, daß fast auf allen Seiten gerade hierüber lebhafteste Beschwerde geführt wird. Selbst der gebildete Herr Schwabach, der Eisenbahnhauptkommissar der Nationalliberalen, hatte eine Reihe von Wünschen, die sich in dieser Richtung bewegen und denen das Reichseisenbahnamt nur ein höchst ungenügendes Verständnis entgegenbringt. Die Hauptforderung der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens findet bei der Regierung höchstens einig theoretisches Wohlwollen, das indessen jederzeit wiegt gegenüber dem starken Widerstand, den die preussischen Konservativen leisten. Während Herr Schwabach für diese Reorganisation, allerdings unter gewissen Anteilen für die Einzelstaaten eintrat, lehnte sie Graf Kanitz im Interesse der preussischen Finanzen schlichtweg ab. Herr Schwabach und ebenso der Fortschrittler Dr. Jähndle verlangten auch wiederum eine reichsgesetzliche Regelung der Dienstzeit des Eisenbahnpersonals, die die Regierung trotz des mehrfach geäußerten Wunschens des Reichstags bisher abgelehnt hat. Auch diesmal wandte sich Herr Wackerjagb, der Präsident des Amtes, gegen diese notwendige Reform unter der auffallenden Begründung, daß eine Ueberbürdung des Personals bereits fest ausgemittelt sei, wobei er es sich mit der angeblichen Ueberlegung der zahlenmäßigen Angaben unseres Genossen Jähndle überaus leicht machte.

Genosse Stolle behandelte in einer ausführlichen und gutdokumentierten Darlegung hauptsächlich die Unzulänglichkeit des Reichseisenbahnamtes, seinen Mangel an Energie auf allen den Gebieten, auf denen die Verfassung und das Verkehrsinteresse eigentlich angelegentlichste Arbeit von ihm verlangt. Der Stillschluß mit all seinen verhängnisvollen Folgen für